Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 3

Artikel: Die Schule im Dienste der Wirtschaft : Nachdenken nicht vorgesehen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340470

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

In der angewandten Forschung und Entwicklung erhalten nach dem Willen des Schulrates die Kerntechnik, die Materialwissenschaft, die Strahlenmedizin und -biologie, die energiebezogene Umweltforschung und neue Technologien besonderes Gewicht. Die Annexanstalt soll eng mit den Hochschulen, der Wirtschaft und den staatlichen Stellen zusammenarbeiten.

Die Schule im Dienste der Wirtschaft

Nachdenken nicht vorgesehen

Eine Analyse der SP Kanton St. Gallen

Die Arbeitsgruppe «Bildung & Kultur» der SP des Kantons St. Gallen hat im vergangenen Herbst eine Broschüre unter dem Titel «Schule im Wandel» erarbeitet. Sie ist eine Reaktion auf eine gleichlautende Publikation des St. Galler Erziehungsdepartementes. Anhand von fünf Beiträgen wird aufgezeigt, wie das herrschende politische System gewisse Inhalte (Rassismus, Umwelterziehung, Musikunterricht) davon abhält, zu zentralen Bildungsinhalten zu werden. Anderseits wird gezeigt, wie flexibel bei anderen Inhalten die Schule auf die Anforderungen der Wirtschaft reagiert. Zum Beispiel: die Informatik. Der nachfolgende Text befasst sich mit dieser Problematik.

Mit einem Postulat wollte der SP-Kantonsrat Walter Fuchs vom Regierungsrat einen Bericht über die Auswirkungen der Einführung der neuen Technologien auf Schüler und Schule. Es ging also wohlverstanden nicht wie bei der Umwelterziehung um die Einführung eines neuen Bildungsinhaltes. Informatik ist längst Bestandteil unseres Bildungssystems geworden, ohne dass je eine öffentliche Diskussion stattgefunden hätte und ohne dass je die Möglichkeit einer demokratischen Mitbestimmung seitens der betroffenen gegeben war. Mit Stolz vermeldet denn auch der Bericht am Schluss: «Mittelschulen, Lehrerbildungsstätten und Berufsschulen haben auf die Herausforderungen der technologischen Entwickung rechtzeitig reagiert und ihre Unterrichtsprogramme angepasst.» Der Satz entlarvt seine Autoren: Kein Schulsystem reagiert auf irgendwelche Herausforderungen, sondern auf die klar umrissenen Bedürfnisse der sich wandelnden Wirtschaft. Das Schulsystem soll heute die Akzeptanz für einen technologischen Wandel schaffen, der sich, soweit das heute absehbar ist, lediglich auf die Unternehmerprofite positiv auswirken wird. Und das Schulsystem soll einen Teil der Jugendlichen mit dem nötigen Rüstzeug für eine sich wandelnde Arbeitswelt versehen.

Dass das erste wichtiger ist als das zweite, steht natürlich nicht im Bericht des Regierungsrates. Vor allem in der Diskussion um die Anwendung des Computers in der Volksschule darf nicht vergessen werden: Wer später in seinem Beruf selbständig und «kreativ» mit elektronischer Datenverarbeitung zu tun hat, dem nützen die «Informatik-Schnellbleichen» herzlich wenig. Wer jedoch wie die breite Masse der Beschäftigten EDV-Anwender/in wird, benötigt keine weitergehenden Kenntnisse, weil sich die neuen Technologien nur dann auf breiter Front durchsetzen werden, wenn sie in hohem Masse benutzerfreundlich sind. Computer-Fachleute sprechen schon heute davon, dass uns die nächste Computer-Generation von der «Sklaverei des Keyboards» befreien werden, indem Computer natürliche Sprache in Wort und Schrift verstehen werden.

Dass der Bericht im entscheidenden Punkt mangelhaft ist, ist kein Zufall: Handelte es sich um eine Prüfung, so müsste an den Rand der Kommentar «Frage nicht beantwortet, Note 3½» gesetzt werden. Im Bereich der Informatik wiederholt sich ein klassisches Muster der technischen Innovation im System des Kapitalismus: Eine neue Technik wird eingeführt, mit dem Hinweis auf alle segensreichen Auswirkungen gesamtgesellschaftlich durchgesetzt, und das Nach-Denken über die tatsächlichen Auswirkungen erfolgt, wie schon der Name sagt, nachher. Das war so in der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts, das war so bei Autos und Autobahnbau, das war so bei der Atomenergie, und das dürfte auch bei der Gentechnologie nicht anders herauskommen. Mit dieser Einschätzung soll keinesfalls einer undifferenzierten «grünen» Technologie- und Industrialismuskritik das Wort geredet werden. Es ist unbestritten, dass die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte in den vergangenen Jahrhunderten die Lebensbedingungen sehr vieler Menschen entschieden verbessert hat. Es ist aber ebenso klar, dass diese Entwicklung die Lebensbedingungen von noch mehr Menschen

nicht verbessert hat und dass das technologische Dreigestirn «Atomtechnologie-Computertechnologie-Gentechnologie» im Begriffe ist, die Lebensbedingungen aller Menschen zu verschlechtern.

Eine genauere Betrachtung des Informatik-Berichts der St. Galler Regierung zeigt denn auch deutlich, wie wenig dieses Nachdenken über gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gewünscht wird. Informatik, so heisst es im Bericht, sei ein schwieriges Fach, das viel Übung und Ausdauer verlange. Informatik wird hier also gleichgesetzt mit der Einführung in den Gebrauch des Computers. Dass dies keinesfalls so sein muss, bestätigen heute anerkannte Informatik-Fachleute. Folgte mann und frau der Argumentation des Berichts, so könnte zum Beispiel über Abrüstungsfragen nur diskutieren, wer zuerst gelernt hat, eine Atombombe zu basteln. Ein Informatikkurs an der Pädagogischen Hochschule (PH), so der Bericht weiter, bestand aus einer Einführung in das Programmieren mit BASIC, nachgedacht wurde nicht. Der Fortsetzungskurs umfasste drei verschiedene Programmiersprachen (LOGO, BASIC und PASCAL), nachgedacht wurde nicht. Der Entwurf eines künftigen Lehrplans sieht als Grundausbildung vor: Einsatz und Benützung von Computersystemen, Anwendung von Programmen, Textverarbeitung, Einführung in eine Programmiersprache; Nachdenken ist im Lehrplan nicht vorgesehen. In der Lehrerausbildung steht an erster Stelle die Programmiersprache, an zweiter der Computereinsatz, an dritter die neuen Medien. Nachdenken ist erst ab 1987 vorgesehen und in das Fach «Lebenskunde» verwiesen.

Im folgenden sollen noch diejenigen Stellen des Berichts genauer betrachtet werden, die sich explizit mit der gesellschaftlichen Dimension der Informatik befassen. Sie sind rar, aber um so bedeutsamer:

- Technologischer Wandel wird einerseits als etwas dargestellt, das es immer gegeben habe, andererseits wird angedeutet, dass die Einführung des Computers durch das Tempo des Wandels etwas qualitativ Neues darstellt. Dieser Widerspruch wird aber weder aufgelöst noch wird er irgendwo weiter thematisiert.
- Der technologische Wandel, so wird im Bericht angedeutet, dürfte positive Auswirkungen haben. Worin diese bestehen könnten, sucht man jedoch vergeblich. Oder soll etwa die «Schülerbewirtschaftung» und die computergestützte Benotung zum entscheidenden Fortschritt im Lehrerberuf werden? Ist eine Bücher- und Foto- oder Schallplattendatei tatsächlich «eine sinnvolle Freizeitgestaltung», wie der Bericht meint? Was soll die Hoffnung, «dass Erziehungsaufgaben, Aktivitäten im musischen Bereich und anderes mehr dank grösserer Freizeit wieder vermehrt von der Familie übernommen werden können», wenn derselbe Regierungsrat, der das geschrieben hat, nicht einmal für die schrittweise Realisierung der 40-Stunden-Woche ist? Soll mit dem «computergestützten Lernen» jetzt noch einmal der alte Traum vom «Nürnburger Trichter» geträumt werden, der sich schon beim Sprachlabor gründlich zerschlagen hat?
- Im Schlussabschnitt des Berichts heisst es, der Auftrag der Schulen orientiere sich nicht nur an der technischen Bewältigung des Computers, ebenso grosse Bedeutung komme «den individuellen und gesellschaftlichen Auswirkungen» der Computertechnik zu. Diese Bemerkung muss angesichts des völligen Fehlens einer solchen Auseinandersetzung als geradezu zynisch bezeichnet werden.

Kein Wort im Bericht von der «Sogwirkung des Bildschirms» (Suchtaspekt des Computers). Kein Wort von der militärischen Dimension (SDI-Programm als Hauptanstoss zur nächsten Computergeneration). Kein Wort von den beschäftigungspolitischen Auswirkungen der elektronischen Revolution (Zerfall der Gesellschaft in Arbeitende und Nicht-Arbeitende, soziale Folgen einer massiv wachsenden Arbeitslosigkeit). Kein Wort von den Gefahren einer totalen Infomationsgesellschaft. Nichts von den Auswirkungen des binären Denkens auf menschliche Werte und Gefühle. Nichts von den Gefahren der vernetzten Datenbanken («der gläserne Mensch»). Nichts von den Gefahren der Potenzierung menschlicher Fehler durch Computersysteme (Atomkrieg durch Zufall, Unfälle mit atomaren Waffen, Systemzusammenbrüche). Nichts von den Interessen der Computerindustrie und den in diesem Bereich tätigen Firmen, ihre Geräte massenweise abzusetzen («Anfixen» von Schülerinnen und Schülern), kein Wort von den auffallend grosszügigen Vergabungsprogrammen gewisser Computerfirmen an öffentliche Schulen. Nichts von alledem. Sondern nur der treuherzige Satz, dass die Erkenntnis, der Mensch müsse die Maschine beherrschen, «bei jeglicher Anwendung von Computern im Bereich des Unterrichts immer wieder in Erinnerung zu rufen sei». Wie soll die Schule auf die Tatsache reagieren, dass der Computer im Berufs- und Alltagsleben immer mehr zur Tatsache wird? Soll in der Schule ein Computerführerschein als Zeugnis für die Zukunft erworben und damit die Fähigkeit, den Computer nutzen zu können, als vierte Kulturtechnik neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen anerkannt werden? Verschiedene Wissenschafter

sind nicht der Ansicht, dass die Anwendung und Beherrschung des Computers eine neue Kulturtechnik sei; es handle sich lediglich um die konkrete Ausgestaltung der formalen Logik und «die Anwendung der dabei zweckmässigen Methoden auf den Umgang mit Daten und Programmen. Wo da eine vierte Kulturtechnik vorliegt, bleibt unerfindlich.» (Gergeley)

Mit der modernen Informationstechnik wird ein uralter Konflikt in der Schule lediglich verstärkt, nämlich der Widerspruch von instrumentell-technischer Bildung und humanistischer Bildung. Die eine Bildung prägt und fördert das mechanische Denken, die andere das nicht-mechanische Denken, das Lernen mit allen Sinnen. Dieses labile Gleichgewicht darf nicht weiter zugunsten des mechanischen Denkens bzw. logisch-abstrakter Fähigkeiten verändert werden. Wer die Informatik in der Schule einführen will, müsste sich über dieses grundsätzliche Verhältnis der beiden Bildungsrichtungen aussprechen. Das heisst: Wenn die technisch-instrumentelle Bildung durch Einführung der Informatik in der Schule gefördert wird, müsste zwangsläufig gesagt werden, wie dann die humane Bildung auf der andern Seite gefördert wird. Von all dem ist im Bericht natürlich nicht die Rede. Um so deutlicher muss deshalb von unserer Seite betont werden, dass man nicht das Anwendungs-Know-how fördern kann, um es dann einem Fach wie Lebenskunde zu überlassen, die Auswirkungen des Computers zu thematisieren. Die handwerkliche und musische Betätigung ist also nicht einzuschränken, sondern im Gegenteil auszubauen.

Die SPS muss den Ausstieg aus der Atomenergie vorbereiten

Wir können, wenn wir wollen

Von Elmar Ledergerber, Walter Ott und Friedrich Wolfart

Im vergangenen Sommer hat der Parteitag der SPS beschlossen, eine Initiative zum Ausstieg aus der Atomenergie zu lancieren. Inzwischen läuft die Unterschriftensammlung auf Hochtouren. Ein Ausstieg bei Fortschreibung der gegenwärtigen «energiepolitischen Zustände» aber ist nicht möglich. Elmar Ledergerber, Walter Ott und Friedrich Wolfart haben eine «Ausstiegs-Studie» erarbeitet. Sie wurde von der «Berner Zeitung» dem Büro «infras» in Zürich in Auftrag gegeben. Für das Initiativkomitee wurde eine Zusammenfassung erstellt, die wir hier publizieren. Sie zeigt den Weg, der in der eidgenössischen Energiepolitik beschritten werden könnte, um aus der Atomenergie auszusteigen. Die Autoren betonen, dass es sich um eine mögliche Variante handelt. Es sind auch andere denkbar. Die SPS und ihre Mitglieder tun gut daran, sich in den nächsten Jahren intensiv mit energiepolitischen Fragen zu beschäftigen, vor allem muss für den Abstimmungskampf das notwendige energiepolitische Rüstzeug erarbeitet werden. Wissen macht sicher. Die Studie ist im Buchhandel erhältlich: «Der Ausstieg ist möglich», Verlag Rüegger, Grüsch 1986.

1. Einleitung

Der Ruf nach einem Ausstieg aus der Atomenergie mit ihren schwer kalkulierbaren Risiken wurde nach der Katastrophe von Tschernobyl lauter denn je. Ein Verzicht auf die Atomenergie, wie ihn das Initiativkomitee für den Austieg aus der Atomenergie durch eine Volksinitiative fordert, wird von einem Grossteil der Bevölkerung befürwortet, wenn damit keine leichtfertigen Risiken für Arbeitsplätze, Wirtschaft und Wohlstand verbunden sind. Dagegen behaupten Vertreter der Elektrizitätswirtschaft, ein solcher Verzicht hätte für die Schweiz weitreichende negative Folgen.

Vor diesem Hintergrund entstand eine Studie, die nach heutigem Wissensstand und frei von Zweckpessimismus aufzeigt, welche Handlungsspielräume einer Ausstiegspolitik offenstehen. Die Studie wurde im Auftrag der «Berner Zeitung» erstellt. Sie basiert unter anderem auf Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Atom- und Energieinitiative 1984 erarbeitet worden sind. Die vorliegende Zusammenfassung enthält die wesentlichsten Ergebnisse der Studie. Dabei müssen die folgenden Einschränkungen mitberücksichtigt werden:

- Die dargestellte, als möglich erachtete Entwicklung ist als sogenanntes Szenario zu verstehen. Das ist keine Prognose, sondern eine Wenn-dann-Aussage; der Ausstieg wird dann möglich, wenn die dazu notwendigen politischen Instrumente auch geschaffen und die vorgeschlagenen Massnahmen ergriffen werden.